

Churchill und Eisenhower:

Deutsche Einheit durch Wahlen

Sechs Punkte der britisch-amerikanischen Politik – Abschluß in Washington

Washington (AP/DPA). Präsident Eisenhower und Premierminister Churchill haben ihre fünftägigen Besprechungen in Washington am Dienstag mit der Veröffentlichung einer Grundsatzklärung abgeschlossen, in der sie sich u. a. für die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie, von den UN überwachte Wahlen aussprechen. Churchill, der zusammen mit Eden nach Beendigung der Konferenz nach Kanada weiterreiste, sagte, er könne sich an keine Zusammenkunft erinnern, die wertvoller und fruchtbarer gewesen sei als sein jetziges Gespräch mit Eisenhower. Die Konferenz habe bewiesen, daß die Einheit der englischsprachigen Welt „ungebrochen und andurchbrechlich“ sei.

In ihrer sechs Punkte umfassenden Erklärung bekräftigen die beiden Staatsmänner ihren Willen, gemeinsam und in enger Freundschaft die Anstrengungen zur Sicherung des Weltfriedens im Sinne der UN-Charta fortzusetzen.

Sie würden allen Nationen, die sich tatkräftig für einen gerechten Frieden einsetzen, die Freundschaftshand entgegenstrecken.

Punkt 3 der Erklärung besagt, daß die USA und Großbritannien auf dem Prinzip der Selbstverwaltung beharren und mit allen friedlichen Mitteln danach streben, die Unabhängigkeit der Länder sicherzustellen, die eine unabhängige Existenz wünschen und fähig sind, sie zu erhalten. Die beiden Staatsmänner versichern, daß sie sich an keinem Abkommen oder Vertrag beteiligen werden, durch die die Versklavung von Staaten, die ihre Freiheit verloren haben, bestätigt oder verlängert wird. Für die Nationen, die gegen ihren Willen geteilt sind, streben die USA und Großbritannien die Wiederherstellung der Einheit durch freie Wahlen an.

Zur Sicherung des Weltfriedens schlagen die beiden Staa-

ten eine allgemeine und nachhaltige Senkung der Weltrüstung aller Klassen und Arten, verbunden mit wirkungsvollen Garantien, vor. Die Atomenergie solle zum Nutzen der Menschheit, nicht zu ihrer Vernichtung verwendet werden.

Den UN und anderen internationalen Organisationen, die im Geiste der UN-Charta errichtet wurden, sichern Eisenhower und Churchill ihre Unterstützung zu. Sie fordern weiter die Bildung und Erhaltung solcher Zusammenschlüsse von Nationen, die in den betreffenden Gebieten zur Erhaltung des Friedens und der Unabhängigkeit der dort lebenden Völker dienen.

Im letzten Punkt der Erklärung versichern Eisenhower und Churchill, daß sie bestrebt sind, zusammen mit ihren Freunden die geistige, wirtschaftliche und militärische Stärke zu entwickeln und zu erhalten.

Gespräche unter Freien

Volksbewegung „Unteilbares Deutschland“ antwortet

Bonn (Eigenmeldung). Das „Unteilbare Deutschland, Volksbewegung für die Wiedervereinigung“ hat es am Dienstag in einer Erklärung abgelehnt, mit sowjetzonalen Ausschüssen und Behörden zu verhandeln. Die Volksbewegung nahm damit zu einem Schreiben des sogenannten Ausschusses für deutsche Einheit bei der Sowjetzonenregierung Stellung.

Nachdem das „Unteilbare Deutschland“ zunächst von der SED-Presse als eine „auf amerikanischen Befehl geschaffene Provokationszentrale“ beschimpft worden war, hatte der sowjetzonale „Ausschuß für deutsche Einheit“, offenbar auf besondere Weisung, in einem Schreiben an die Mitglieder des Kuratoriums „gemeinsame Beratungen“ vorgeschlagen.

Dazu stellt das „Unteilbare

Deutschland“ fest:

Das „Unteilbare Deutschland“ ist ein freiwilliger Zusammenschluß unabhängiger Persönlichkeiten aller politischen Richtungen, aller Schichten des deutschen Volkes. Der „Ausschuß für deutsche Einheit“ ist eine amtliche Instanz des Regimes in der Sowjetzone. Das „Unteilbare Deutschland“ sieht seine Aufgabe nicht im Verhandeln mit sowjetzonalen Ausschüssen und Behörden, sondern in der Förderung und Pflege des Zusammenhaltes aller Deutschen, um die Einheit des deutschen Volkes zu wahren und seiner Wiedervereinigung in einem freien deutschen Staat zu dienen. Das „Unteilbare Deutschland“ strebt den Tag an, an dem alle Deutschen als Freie und Gleiche über ihr Schicksal sprechen und entscheiden können.

Alles ist in neuer Bewegung

WG. Unter krisenhaften Vorzeichen sind in der internationalen Politik jetzt viele Probleme in Bewegung geraten, die in allernächster Zukunft klare Lösungen fordern. Über den Ablauf dieser Bewegung ist eine zuverlässige Prognose noch nicht möglich. Eine neue Dynamik ist in ihr spürbar, deren Wirkung noch nicht abgeschätzt werden kann.

Das ist (mit der Chance zum Guten oder zum Bösen) immer eine Situation, die nach großen Staatsmännern ruft. Sind sie wirklich da und verstehen sie es, die eingetretene Bewegung klug zu lenken, dann kann das, was in der internationalen Entwicklung heute als Krise sichtbar wird, sich sehr wohl als Krise im medizinischen Sinne dieses Wortes herausstellen. — als eine Krise, die den Umschlag zur Besserung einleitet.

Das große Drama

Die Ereignisse, in denen sich die neue Bewegung ausdrückt, haben sich in rascher Folge gehäuft. Dem Scheitern der Genfer Korea-Konferenz folgte die überraschende Rettung der bis dahin gleichfalls aussichtslos verharrenden Indochina-Konferenz. Die Regierungskrise in Frankreich brachte mit Mendès-France einen neuen Mann in die politische Führung, der mit der Kühnheit begann, die entscheidenden Probleme Frankreichs in vier Wochen klären zu wollen. Churchill und Eden haben in Washington wichtige Gespräche über die Klärung und Festigung ihrer Zusammenarbeit geführt. Klärende Gespräche finden gleichzeitig in Neu-Delhi zwischen dem rotchinesischen Außenminister Tschu en-Lai und dem indischen Ministerpräsidenten Nehru statt, der zwischen den großen Fronten mit asiatischem Akzent um Vermittlung bemüht ist. Nach Brüssel ferner ist von den Benelux-Regierungen eine Außenministerkonferenz der EVG-Staaten einberufen worden, die in später Stunde endlich die realen Möglichkeiten einer Verwirklichung der Europäischen Verteidigungs-

gemeinschaft prüfen und fördern will. In der Bundesrepublik schließlich hat Konrad Adenauer die Frage nach der endlichen Wiederherstellung der deutschen Souveränität, wie sie im Deutschlandvertrage bereits geregelt ist, nicht etwa zur Diskussion gestellt, sondern er hat in Richtung auf dieses Ziel eine Tätigkeit entfaltet, die einer politischen Kampagne gleichkommt. Gleichzeitig mit allen diesen Vorgängen verstärkt sich die allgemeine Forderung an Frankreich, endlich mit Ja oder Nein über die EVG zu entscheiden, damit der Weg zur Sicherung Europas nicht weiter versperrt bleibt.

Das insgesamt sind die Umrisse eines großen politischen Dramas, in dessen Ablauf ohne weiteren Verzug die fälligen Entscheidungen herbeigeführt werden müssen. Nur dort werden sie fallen: auf der Bühne des großen Welttheaters. Was ihnen heute auf der volksdemokratischen Schmierbühne Pankows mit der sogenannten Volksbefragung vorangeht, das ist nicht mehr als eine schändliche Posse. Sie hat mit den wirklichen Entscheidungen nicht das geringste zu tun.

Allenfalls zeigt sie, daß die diktatorischen Regisseure jenes traurigen Spiels, von Moskau gelehrt und gelenkt, auf deutschem Boden die legitimen Erben eines gewissen Goebbels, des Meisters der Lüge und des psychologischen Terrors geliebt sind.

Paris in der Schlüsselstellung

In der kommenden Entwicklung nimmt Frankreich eine Art von Schlüsselstellung ein. Von Paris in erster Linie hängt es nämlich ab, ob die unvermeidlichen Entscheidungen in der vollen Einigkeit des Westens fallen und schon dadurch zu einer moralischen Stärkung der westlichen Gemeinschaft beitragen werden. Diese Schlüsselstellung ist deshalb nicht unbebeachtlich, weil Frankreich in der westlichen Front der schwächste und in ungünstigster Position befindliche Partner ist, der zugleich an den entscheidenden Problemen (Indochina und Europa) den bei weitem stärksten Anteil hat. Die französische Politik unterliegt deshalb einem doppelten Druck, der als Drohung und Lockung aus dem

Osten und als wachsende Unzufriedenheit und Besorgnis aus dem Westen kommt.

Wachsam sein!

Für die deutsche Politik ist es geboten, die weitere Entwicklung sehr wachsam zu verfolgen. Sie wird bestrebt sein müssen, in durchaus selbständiger Haltung, die ihr trotz des weit überholten Besatzungsstatus zukommt, die Ereignisse mit zu lenken und zu gestalten. Sie muß handelndes Subjekt und darf nicht Objekt oder bloßer Zuschauer der Entwicklung sein. Das ist vorbel, und es ist allerhöchste Zeit, den völkerrechtlichen Status der Bundesrepublik dieser selbstverständlichen Notwendigkeit anzupassen. Wir haben jahrelang wartende Geduld geübt und müssen nun in der Auswertung einer vielleicht veränderten europäischen Situation sehr darauf bedacht sein, auf welchen Wegen wir — immer in natürlichem Zusammenhang mit dem Westen — unseren politischen Zielen am besten näherkommen.

Zu ihnen gehört nicht nur die Wiederherstellung der deutschen Souveränität und nicht nur die militärische Sicherung unserer Freiheit, sondern vor allem die Wiedervereinigung Deutschlands. Gerade aus der unbestreitbaren Krise der EVG lassen sich möglicherweise neue Wege entwickeln, die sowohl dem Ziel der deutschen Wiedervereinigung als auch der Notwendigkeit gemeinsamer europäischer Stärke besser entsprechen als die bisher begangenen.

Es sollte der deutschen Politik weder an Phantasie noch an Selbständigkeit fehlen, sie notfalls zu finden und zu gehen.

Das ist der Punkt, in dem Frankreich und Deutschland sich besser als bisher zu gemeinsamen Plänen und Handeln finden müssen. Es ist hoffentlich nicht nur eine politische Geste, sondern ein politisches Bekenntnis, wenn — einem Wunsche des neuen französischen Ministerpräsidenten entsprechend — bereits in der kommenden Woche zwischen Paris und Bonn ein erster Gedankenaustausch stattfinden wird. Wir begrüßen diese Begegnung und hoffen sehr, daß sie an den Kern des deutsch-französischen Problems mit dem Willen rühren wird, es redlich zu lösen.

Anspruch auf deutsche Souveränität

Forderungen des Bundeskanzlers — Positives Echo

Berlin (Eigenbericht). Die Rückgabe der vollen Souveränität an die deutsche Bundesrepublik hat Bundeskanzler Dr. Adenauer in den letzten Tagen mehrfach gefordert. Er vertrat die Auffassung, daß der Bundesrepublik die Souveränität nicht länger vorenthalten werden dürfe, nachdem das deutsche Volk genügend Beweise des guten Willens gezeigt habe. Mitglieder der Regierungskoalition äußerten dazu, die Forderungen des Kanzlers leiteten praktisch einen neuen Abschnitt der Beziehungen zu den Westmächten ein.

Dr. Adenauers Forderungen haben in Washington und in London ein positives Echo gefunden. US-Außenminister Dulles erklärte, die Regierung der USA teile völlig die Meinung des Bundeskanzlers, daß das deutsche Volk nicht unbegrenzt auf die Rückgabe seiner Souveränität warten könne. Wenn der EVG-Vertrag nicht bald ratifiziert werde, müsse man erwägen, wie der Bundesrepublik unverzüglich auf anderem Wege die Souveränität gewährt werden könne.

*

DT. Die Rückgabe der Souveränität ist in der Tat ein längst fälliger Anspruch. Seit mehr als zwei Jahren ist er bereits im Deutschlandvertrag geregelt; aber dieser Vertrag ist mit der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft durch ein Junktim derart verbunden, daß er erst mit der Ratifizierung der EVG durch alle Beteiligten in Kraft treten kann. Weil nun der EVG-Vertrag durch das französische Zögern bisher nicht in Kraft getreten ist, bleibt der Bundesrepublik auch der im Deutschlandvertrag zugesicherte Fortfall des Besatzungsstatuts vorenthalten.

Das ist ein sehr unbefriedigender Zustand, der von den Regierungen keineswegs gewollt war, die an den Verträgen beteiligt sind. Man war sich damals durchaus darüber klar, daß die Wiederherstellung der deutschen Souveränität eine fällige Notwendigkeit war, die mit dem EVG-Vertrag sicherlich nicht deshalb verknüpft wurde, weil ihre Erfüllung ewig verzögert werden sollte. Es ist deshalb unvermeidlich, daß eine Regelung der deutschen Souveränitätsfrage außerhalb ihrer bisherigen Verknüpfung mit der EVG-Frage so bald wie möglich herbeigeführt wird.

Wir fordern das nicht, um mit der angeblich souveränen sowjetdeutschen Republik „gleichzuziehen“, deren „Aus-schluß für die deutsche Einheit“

jüngst drollig versicherte, daß er der Bundesrepublik bei der Wiederherstellung der Souveränität gerne behilflich sein möchte. Die Unabhängigkeit der sowjetdeutschen Republik gegenüber Moskau ist genau so groß und genau so geartet, wie die „Unabhängigkeit“ des so-wjetzonalen Staatsbürgers gegenüber dem Staatssicherheitsdienst. Wer so im Glashaus der Hörigkeit sitzt — mit oder ohne Kontrollkommission —, der sollte auf keinen Fall in die größere Freiheit draußen mit Steinen werfen.

Landtag ohne Kommunisten

Nordrhein-Westfalen wählte — Wirth ohne Stimmen

Düsseldorf (Eigenmeldung). In der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt haben die ersten Vorbesprechungen über die Neubildung der Landesregierung begonnen. Die Landtagswahl am Sonntag hat bei einer Beteiligung von 72,74 Prozent folgende Zusammensetzung des neuen Landtags ergeben: CDU 90 Sitze, SPD 76, FDP 25, Zentrum 9 Sitze. Die KPD ist im neuen Landtag nicht mehr vertreten, da es ihr nicht gelungen ist, die 5 Prozent der Wählerstimmen zu erreichen, die Voraussetzung für Einzug in den Landtag sind. Eine völlige Niederlage erlitt der sogenannte „Bund der Deutschen (BDD)“ des von den Kommunisten geförderten sogenannten Ex-Reichskanzlers Wirth. Trotz heftiger Bemühungen brachte er es nur auf den fast unsichtbaren Anteil von 0,3 Prozent der Stimmen.

Über das Wahlergebnis haben sich sämtliche großen Parteien befriedigt geäußert. Die größte Partei des Landes, die CDU, stützt ihre Zufriedenheit darauf, daß sie gegenüber den letzten Landtagswahlen von 1950 ihren Stimmenanteil von 36,9 auf 41,3 Prozent steigern konnte. Bundeskanzler Adenauer nannte das Ergebnis ein „klares Bekenntnis zur Bundespolitik“. Die SPD, die von 32,3 auf 34,5 Prozent kletterte, betrachtet es hingegen als Erfolg, daß die CDU ihren überlegenen Sieg bei der Bundestagswahl — 48,9 Prozent — nicht wieder erreicht hat, und daß die Mehrheit der bisherigen

Koalition CDU-Zentrum gebrochen ist. Die beiden Parteien haben diesmal nur 99 von 200 Sitzen erhalten.

Das bedeutet, daß sich die CDU einen neuen Koalitionspartner suchen muß. Ministerpräsident Arnold erklärte in einer ersten Stellungnahme, daß es „eine ganze Reihe von Möglichkeiten zur Regierungsbildung gebe. Politische Kreise deuteten diese Äußerungen als eine Anspielung darauf, daß nicht nur eine Koalition mit der FDP, sondern auch mit der SPD denkbar sei.

Griechischer Staatsbesuch

Bonn (DPA). Der griechische Ministerpräsident, Feldmarschall Alexander Papagos ist am 30. Juni zusammen mit seiner Gattin sowie mit Außenminister Stephanopoulos und dem Koordinationsminister Kapsalis zu einem fünf-tägigen Staatsbesuch in der Bundesrepublik eingetroffen.

Säuberung in der NDP

Berlin (Eigenmeldung). Einer Säuberungsaktion in der Nationaldemokratischen Partei fielen seit dem 1. Juni insgesamt 120 Funktionäre zum Opfer. Ihnen wurde parteischuldigendes Verhalten vorgeworfen. Ferner wurden auf Empfehlung der Parteiführung mehrere NDP-Mitglieder aus Staats- und Kommunalstellungen sowie aus maßgeblichen Stellungen innerhalb der volkseigenen Industrie und Wirtschaft entlassen.

SED-Propaganda auf Schleichwegen

Der Trick mit dem Volksentscheid — Durchaus kein Freibrief für alles

Die Propaganda-Linie der SED für die nächsten Wochen steht fest: In Leitartikeln, Volksreden und „spontanen Resolutionen“ wird man das verlegene Ergebnis der Volksabstimmung als „Vertrauensbeweis“ für die Sowjetzonen-Regierung feiern. Damit, so hoffen die Pankower Agitations-Fachleute, wird es möglich sein, den längst fälligen klischierten Erklärungen gegenüber der Bevölkerung über die Wirtschaftslage in der Sowjetzone zu entgehen, und schließlich so zu tun, als sei der Mangel an Lebensmitteln und Konsumgütern zweitrangig und allein der „Kampf gegen die EVG“ wichtig.

Der „Neue Kurs“ hatte eine Erweiterung der Konsumgüterindustrie versprochen. Aus den Investitionsplänen wird jedoch deutlich, daß hier kaum etwas geschehen ist, die Versorgung mit Konsumgütern sich also überhaupt nicht wesentlich bessern kann. Der Investitionsplan 1953 wurde nicht erfüllt: Rückstände von reichlich 100 Millionen Mark mußten in die Planung des Jahres 1954 mit übernommen werden. Davon entfielen auf die Konsumgüterindustrie 68 Millionen Mark, also mehr als die Hälfte aller Rückstände, und von diesen 68 Millionen wiederum bezeichnenderweise 40 Millionen auf die Lebensmittelindustrie.

Bewußt benachteiligt

Dagegen waren die Rückstände bei der Schwerindustrie, die doch angeblich in den Hintergrund treten sollte, nur gering, und in die chemische Industrie wurde sogar mehr Geld gesteckt, als im Plan vorgesehen war. Die Konsumgüterindustrie ist also ganz bewußt trotz aller Versprechen weiter benachteiligt worden.

Für 1954 ist keine wesentliche Änderung der Situation zu erwarten. Der Anteil der Investitionen in der Konsumgüterindustrie an den gesamten Industrieinvestitionen von knapp 2,5 Milliarden Mark wurde für 1954 nur geringfügig von 16,5 Prozent im Vorjahre auf knapp 18,1 Prozent erhöht. Die Erfüllung dieser Pläne ist zudem durchaus unsicher, und die neuen Rückstände sind bereits beachtlich.

Ebenso wenig kündigt sich eine wesentliche Besserung in der Lebensmittel-Versorgung an. Man verspricht zwar größere Importe aus den Volksdemokratien, die z. B. im 3. Quartal 85 000 Tonnen

Fleisch liefern sollen, aber den SED-Planern ist längst klar, daß nach den bisherigen Erfahrungen mit den östlichen Handelspartnern die Importe fast nie in dem erhofften Umfang und schon gar nicht zum vereinbarten Zeitpunkt eintreffen.

Die alten Pläne

Den Versorgungsbruch zu verschleiern, die Diskussion darüber in den Hintergrund zu drängen, ist aber nur ein Ziel der Propaganda-Kampagne mit dem Volksentscheid-Ergebnis, sozusagen die Vorstufe des erhofften Effektes. Alles deutet darauf hin — nicht zuletzt die heimliche Weiterführung des alten Kurses in der Wirtschaft —, daß Pankow versuchen wird, die seit langem auf Eis liegenden Pläne für den Ausbau der Kasernierten Volkspolizei und die Erweiterung der Schwerindustrie jetzt zu verwirklichen mit der Begründung, das Ergebnis des Volksentscheides rechtfertige „Schutzmaßnahmen der DDR“, auch wenn sie auf Kosten der besseren Versorgung der Bevölkerung gehen sollten.

Zu deutsch: Der Volksentscheid soll nicht nur den Betrug des nicht verwirklichten Neuen Kurses sanktionieren, sondern auch noch eine weitere Einschränkung der Versorgung zugunsten der sowjetzonalen Militarisierung rechtfertigen.

Dürrtiges Argument

Gegen das Volksentscheid-Manöver und den erzwungenen Gang zur Wahlurne hat sich die Bevölkerung der Sowjetzone nicht wehren können, wollte der einzelne sich nicht gefährden. Wehren aber kann sie sich jetzt gegen den Versuch der SED, aus dem gefälschten Abstimmungsergebnis auch noch einen Freibrief für jeden weiteren

Betrug Pankows zu machen. Die SED-Agitatoren, die in Kürze ihren propagandistischen Kleinkrieg gegen die Bevölkerung beginnen werden, wissen selbst, wie schwach ihre Position und wie dürrtig ihr Argument ist, wer gegen die EVG sei, müsse „für den Frieden“ auch zu Opfern bereit und willens sein, Pankow die Berechtigung zu außerordentlichen Maßnahmen zugestehen.

Ihnen bleibt nicht viel zu sagen, wenn ihnen entschieden entgegengehalten wird, der Wähler habe auf gar keinen Fall eine Ablehnung der europäischen Verteidigungsgemeinschaft gleichzeitig als Forderung zur Bewaffnung der Sowjetzone auffassen oder gar den Wunsch nach einem Friedensvertrag mit dem Verlangen nach Einschränkung seiner Versorgung gleichsetzen können.

Die SED hofft, daß die Bevölkerung, angewidert von dem eben erst überstandenen Volksabstimmungs-Rummel, den Augenblick nicht bemerken wird, in dem die Pankower Propaganda nachträglich die Frage „EVG oder Friedensvertrag“ in „Volkspolizei oder bessere Versorgung?“ umzuwandeln beginnt. Das aber ist genau der Augenblick, in dem auch der einzelne ihr entgegentreten kann.

Nach EVG und Friedensvertrag ist gefragt worden — nach nichts anderem. Und es gibt keinen vernünftigen Grund, nachträglich zu behaupten, das ohnehin erzwungene Kreuz auf dem Stimmzettel sei auch noch die Antwort auf Fragen, die man denn doch nicht schwarz auf weiß zu drucken wagte.

Nur gesiebte Ergebnisse

Berlin (Eigenmeldung). Aus dem sowjetzonalen Presseverband verlautet, daß das ZK der SED die interne Anordnung erlassen hat, keine Abstimmungsergebnisse der „Volksbefragung“ zu veröffentlichen, die nicht vom sowjetzonalen Nachrichtendienst ADN gemeldet werden. Der ADN erhalte das Material vom zentralen Wahlausschuß, wo es zunächst „auf seine Richtigkeit“ hin überprüft werde.

Die Sowjet-Enzyklopädie — ein Märchenbuch

Neue Auflage erschienen — Alles russische Erfindungen

In diesen Tagen ist in Ostberlin die neue Auflage der „Großen Sowjet-Enzyklopädie“ erschienen, die in zwei Bänden alles vereinigt, was die Sowjets über die Sowjetunion aussagen wollen. Es mag sein, daß Geographen, Botaniker und Geologen Aufschlüsse erhalten über die Zustände in der Arktis und in Asien, die bisher noch nicht bekannt waren. Sicher aber ist, daß die Enzyklopädie sonst ein Märchenbuch ist: Sowjettendenz von der ersten bis zur letzten der 2000 Seiten.

Klassisch ist in dieser Beziehung die Darstellung über den Beginn des 2. Weltkrieges. Hier heißt es über die Verhandlungen des Jahres 1939: „Deutschland bereitet sich auf einen Krieg im Westen vor. Die Regierung Chamberlains in England, Daladiers in Frankreich und die reaktionären Regierungskreise Polens lehnten es in verbrecherischer Weise ab, mit der UdSSR ein Abkommen über einen gemeinsamen Kampf gegen das faschistische Deutschland zu treffen.“ Was ist die Wahrheit? Die Mächte wollten und konnten ihre Zustimmung nicht geben, die baltischen Staaten den Sowjets zu überantworten. Alle westlichen Regierungen wären bei einem solchen Abkommen von ihren Parlamenten gestürzt worden. Anders Hitler. Er zahlte diesen Preis, freilich mit dem Hintergedanken, daß er die Sowjets um diesen Preis später betrügen würde, was dann auch geschah.

Der völlig falschen Darstellung großer historischer Ereignisse entspricht die Darstellung der Innenpolitik. Man mag über Leo Trotzki denken wie man will. Aber schließlich ist es seiner Initiative zu verdanken, daß die Rote Armee als Machtinstrument der Sowjets auf die Beine gestellt wurde. In der Sowjet-Enzyklopädie findet sich darüber kein Wort.

Ein Blick in die Kulturgeschichte der Sowjetunion. Daß nicht nur Deutschland, sondern auch die westeuropäischen Länder große Arbeit für die kulturelle Entwicklung des russischen Volkes geleistet haben, weiß die Welt. Nur die Sowjet-Enzyklopädie weiß es nicht. Bis ins einzelne wird „enthüllt“, daß alle großen Erfindungen des Westens letztlich nur russische Erfindungen waren.

Und dann werden die russischen Gelehrten aufgezählt:

Lobatschew wird mit Kopernikus verglichen, nicht James Watt war der Erfinder der Dampfmaschine, sondern — laut Sowjet-Enzyklopädie — der Russe Polsunow. Die Glühlampe erfand nicht Edison, sondern der Russe Lodygin. Wie konnte nur so etwas geschehen? Die

Sowjet-Enzyklopädie verrät es: „Diese Erfindungen hatten im zaristischen Rußland fast immer ein trauriges Schicksal, da das Land nicht die notwendigen Voraussetzungen für ihre Entwicklung, für ihre Anwendung in der Praxis bot. Häufig wanderten wichtige Erfindungen ins Ausland.“

Und dann behauptet die Enzyklopädie munter weiter, daß die Russen den Tee und das Aspirin erfunden hätten. Das erscheint zwar einfach grotesk, aber es ist, beim großen Ehrenwort, in der Sowjet-Enzyklopädie nachzulesen.

Stadt Leipzig verlor einen Prozeß

Mannheim (DPA). Die Kammer für Handelssachen in Mannheim hat die Nichtigkeits- und Anfechtungsklage des Rates der Stadt Leipzig gegen die Mannheimer Neugründung des Bibliographischen Instituts abgewiesen. Die Stadt Leipzig wurde verurteilt, die Gerichtskosten von 11 000 DM zu tragen.

Das Institut war 1946 in Leipzig enteignet und in einen „Volkseigenen Betrieb“ umgewandelt worden. Kurz zuvor waren der Stadt Vorzugsaktien im Betrage von 19 300 RM übergeben worden, die ihr das überwiegende Stimmrecht sicherten. 1953 beschlossen andere Aktionäre die Sitzverlegung nach Mannheim. Gegen diesen Beschluß strengte Leipzig einen Prozeß an, indem es sich auf die angebliche Majorität der Stadt als Mitaktionärin stützte.

In der Urteilsbegründung wird die Klage für unbegründet erklärt, da die Stadt mit der Enteignung ebenfalls alle Rechte verloren habe. Nach der Rechtsauffassung der Bundesrepublik wirke die Enteignung aber territorial begrenzt, so daß die Gesellschaft außerhalb der Zone als Rechtspersönlichkeit weiter bestehe.

Sowjets und Polen wollten flüchten

Berlin (Eigenmeldung). In unmittelbarer Nähe der Zonen-
grenze im Bezirk Gera ereignete

sich in der Nacht zum 24. Juni ein schwerer Zwischenfall. Mehrere Grenzvospos stellten zwei sowjetische Deserteure. Es kam zu einem Feuergefecht. Die Sowjets wurden verwundet, ebenso einer der Vospos. Sogleich alarmierte Sowjetstreifen nahmen die Deserteure und auch die Vospos fest. Die Vospos wurden bis zur „Klärung des Zwischenfalls“ in Untersuchungshaft genommen.

Ein weiterer Zwischenfall ereignete sich an der Oder in der Nähe von Frankfurt. Mehrere polnische Flüchtlinge versuchten, in Abständen von einigen hundert Metern über die Oder zu gelangen. Sie wurden von polnischer Grenzmiliz beschossen und schließlich gestellt. Dabei sind mindestens zwei Flüchtlinge getötet worden. Auch zwei Grenzvospos wurden von den polnischen Milizsoldaten getroffen und mußten mit Verletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert werden.

Fünf Jahre Zuchthaus

Karlsruhe (DPA). Wegen fortgesetzten Landesverrats verurteilte der Bundesgerichtshof am Dienstag den 32-jährigen Bruno Sniegowski zu 5 Jahren Zuchthaus. Er wurde für schuldig befunden, als Agent des polnischen Nachrichtendienstes mit einer Mikrokamera Geheimdokumente der Dienststelle Blank aufgenommen zu haben.

Der Druckfehlerteufel war ehrlich

Eine Blütenlese aus der sowjetzonalen Presse

Wo Zeitungen gedruckt werden, da ist auch der Druckfehlerteufel am Werk. Man lacht über die Fehler, man ärgert sich auch über sie — und damit ist die Angelegenheit erledigt. Nicht so in der sowjetzonalen Presse. Dort können Druckfehler lebensgefährlich werden, wenn Pankow sich durch sie diskreditiert fühlt. Und das fühlt es sich immer, wenn der Druckfehlerteufel eine Propaganda-Lüge korrigiert und die Wahrheit daraus macht. Vor einigen Jahren gab es für den verantwortlichen Redakteur dann noch „Parteistrafen“. Später waren es fristlose Entlassungen, 1953 Verhaftungen und 1954 droht sogar schon Zuchthaus.

So ist der frühere Chef vom Dienst der FDGB-„Tribüne“, Hugo Polkehn, nach Informationen des „Untersuchungsausschusses Freiheitlicher Juristen“ kürzlich vom Bezirksgericht Leipzig zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden, weil in der Ausgabe vom 7. 3. 1953 in einem Nachruf auf Stalin zu lesen war: „... mit ihm ist der überragende Kämpfer für die Erhaltung und Festigung des Krieges in der Welt dahingegangen.“

Es lohnt sich, einige der amüsansten Druckfehler der Zonenpresse in den letzten Jahren zusammenzustellen. Am 21. 11. 1952 z. B. wollte die „National-

zeitung“ östlich-international tun und druckte die Hauptlosung zum albanischen Unabhängigkeitstag in albanischer Sprache nach. Als Kenner dieser Sprache sich später diesen Satz besahen, hieß er auf deutsch übersetzt: „Das Volk der Skipetaren wird sich von der Knechtschaft Stalins befreien!“

In der Nummer 44/52 der SED-Lehrerzeitschrift „Die neue Schule“ konnte man die Überschrift lesen: „Der Aufbau des Sozialismus schafft eine (statt: keine) Kluft zwischen Ost- und Westdeutschland.“ Dafür wurde der Chefredakteur fristlos entlassen.

Fünf Redakteure des SED-Organs „Sächsische Zeitung“ wurden mit Parteistrafen be-

legt, weil im Februar 1953 von hohen Steuerrückständen der volkseigenen Wirtschaft berichtet wurde. Dabei hatte Finanzminister Loch in der Rede, die dort zitiert wurde, der privaten Wirtschaft diesen Vorwurf gemacht.

Auch das „Neue Deutschland“ blieb nicht verschont. 1953 mußte eine Ausgabe zurückgezogen werden, in der man lesen konnte, daß FDJ-Banditen (statt: BDJ-Banditen) Terrorakte verübt hätten. Und einen Heidenkrach gab es, als ein Bildredakteur ein Foto vom Groß-Ziethener See ins Blatt setzte mit der Unterschrift: „Un-teilbare deutsche Heimat“. Er hatte, als er im Archiv nach einem Foto suchte, nicht gemerkt, daß dieser See — jenseits der Oder-Neiße-Grenze liegt

Ganze Völkerschaften deportiert

Ein MWD-Offizier sagt aus

München (DPA). Vor dem Kersten-Ausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses zur Untersuchung der kommunistischen Aggression erschien am Montag in München der 36jährige ehemalige MWD-Oberstleutnant Grigori Stefanovich Burlitski, der vor seiner Flucht nach dem Westen im Sommer vorigen Jahres Kommandeur einer Abteilung war.

Burlitski schilderte dem Komitee die Massendeportationen kleiner Völkerschaften in der Sowjetunion, an denen er beteiligt gewesen sei. Die Tschechischen-Inguschen zum Beispiel, ein Bergvolk im Kaukasus, seien 1944 innerhalb von 24 Stunden aus ihrer autonomen Republik abtransportiert worden.

Chaos bei der Reichsbahn

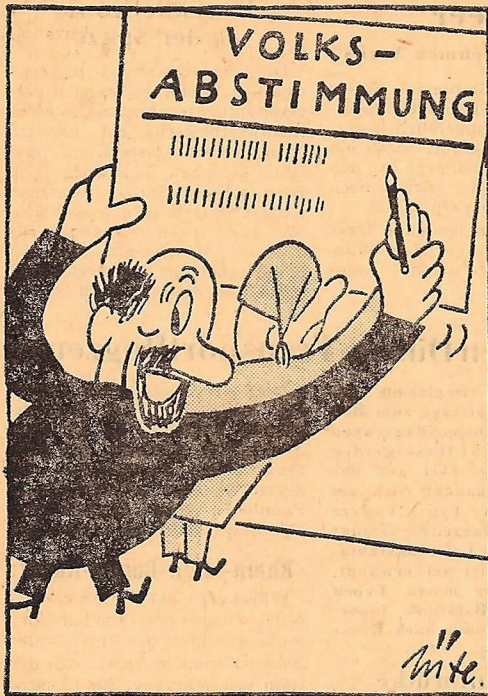
Die Verhaftungswelle im sowjetzonalen Eisenbahnministerium, der bisher zwölf leitende Angestellte zum Opfer fielen, hat inzwischen auch auf die Reichsbahndirektionen übergriffen. Im Bezirk der RBD Greifswald wurden z. B. fünfzehn leitende Angestellte verhaftet, in der RBD Magdeburg fünf, in der RBD Halle vier und in der RBD Erfurt sechs. Diese Verhafteten sollen die Sündenböcke für das immer größer werdende Chaos im Bahnwesen der Sowjetzone sein, das vor allem auf Materialmangel zurückzuführen ist.

Während es z. B. im August 1953 im sowjetzonalen Schienennetz 520 Langsamfahrstellen gab, die von den Zügen nur im Schritt-Tempo befahren werden

dürfen, waren es im 1. Quartal 1954 bereits 580. In einer Betriebsbesprechung beim Minister für Eisenbahnwesen gab der Leiter der Hauptverwaltung Betrieb, Semper (SED), selbst zu, daß an einem Tag 250 Schienenbrüche gemeldet wurden. Von Januar bis April 1954 wurden 41 Entgleisungen registriert, die einen Schaden von 5 Millionen Mark verursacht haben. In der gleichen Zeit wurden 537 Störungen von Signalanlagen gemeldet. Von den 122 720 Güterwagen mußten 22 000 als schadhaf aus dem Betrieb gezogen werden. Die Umlaufzeit der Güterwagen, die gesenkt werden sollte, liegt mit 3,26 Tagen noch unter der Norm des Vorjahres. Von 4830 Lokomotiven sind nur 3250 einsatzfähig.

Themen für Leipzig

Zwölf Hauptthemen stehen nach der vorläufigen Programmübersicht im Mittelpunkt der Veranstaltungen des Leipziger Kirchentages vom 7. bis 11. Juli. Die Themen lauten: „Der vergessene Glaubensartikel von der Wiederkunft Christi“, „Das Ebenbild des unsichtbaren Gottes“, „Gottes Geduld mit der Welt“, „Die Gestalt der Welt vergeht“, „Wer hat die Erde in der Hand?“, „Das Friedensreich Christi“, „Die Kirche vor dem jüngsten Tag“, „Der Typ des neuen Menschen“, „Im Reich dieses Königs hat man das Recht lieb“, „Neue Welt durch Technik“, „Die Freiheit des Christen zum Halten und Hergeben“ und „Wer baut die letzte Stadt?“



Die SED — die „führende Partei!

Blinder Alarm

In der Stalinallee sind die Alarmanlagen der HO- und Konsumgeschäfte offensichtlich in einen innerbetrieblichen Wettbewerb getreten zur Erfüllung eines Übersolls an Alarm. Ob es Tag oder Nacht ist — plötzlich rasselt irgendwo eine Alarmglocke los. Ganz selbsttätig, ohne daß ein Dieb eingestiegen wäre oder sonst ein Grund bestünde, Alarm zu schlagen. Unangenehm für die Bewohner der Stalinallee, die dadurch oft genug im Schlaf gestört werden, weshalb die „Berliner Zeitung“ denn auch einen vorsichtig-ärgerlichen Leserbrief über den ewigen blinden Alarm veröffentlichte.

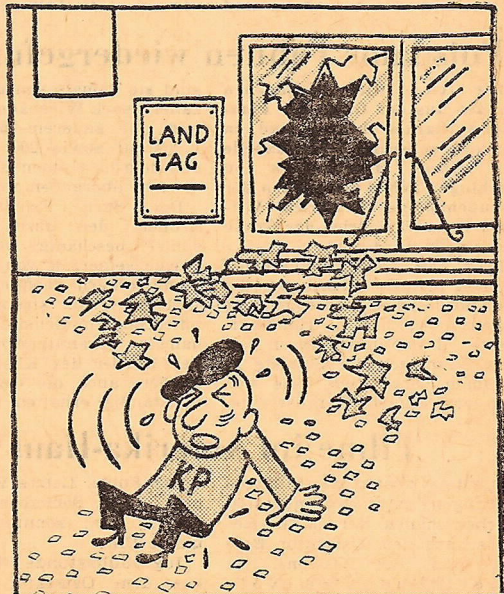
Man muß schon sagen — das sind mal linientreue Alarmanlagen, die sich bedingungslos den Gepflogenheiten der SED angepaßt haben. Von Staatssicherheitschef Wollweber bis hinunter zum Hausobmann wird dort ja auch ein Übersoll an blindem Alarm geleistet. Jeden Tag klingelt es in den Spalten der SED-Presse: Agenten, Saboteure, feindliche Elemente in der DDR! Und wenn man hinsieht, kann man nichts von alledem entdecken. Genau so wenig, wie man Diebe findet, wenn die Alarmanlagen in der Stalinallee Lärm vollführen.

Geheime Abstimmung

Die Pankower Filiale des Moskauer Großen Theaters hat eine dreitägige Galavorstellung veranstaltet, in der wieder einmal sämtliche Bewohner der Sowjetzone als unbezahlte Statisten mitwirken mußten. Das Stück heißt „Volksbefragung gegen die EVG“ und gipfelt nach dem offiziellen Programmzettel in einer „direkten und geheimen Abstimmung“.

Wie geheim es dabei zugeht, hat vorher einer der Regieassistenten, der Generalsekretär der Ost-CDU, Gerald Götting, ausgeplaudert, als auf der Weimarer Bezirksdelegiertenkonferenz einige Diskussionsredner die „wirkliche Sicherung des Abstimmungsgeheimnisses“ verlangten. „Was sind das für Sorgen!“ rief Götting erobert aus. „Wenn wir uns zu einer Sache bekennen, ist dieses Ja ein Ja, dann ist es doch gleich, ob ich meine Stimme offen oder geheim abgebe!“ Noch deutlicher sagte es ein SED-Lyriker, der mit schönem Pathos ins Poesie-Album der sowjetzonalen Provinzpresse die Verse schrieb: „Wir stimmen offen für den Frieden, unsere Gesinnung verbergen wir nicht! Nur Feinde des Volkes sind gegen den Frieden, und die wird einst treffen des Volkes Gericht.“

Der Dichter blieb unbekannt. Aber man darf sicher sein, daß er, während er das schrieb, schon überlegte, was sich auf neunundneunzig Prozent reimt.



„Volksbefragung in Nordrhein-Westfalen!“

Ein Filmstudio im Meer

Unterwasser-Film von Hans Hass — „Unternehmen Xarifa“

Zu einem Blitzbesuch trafen Dr. Hans Hass und seine Frau Lotte anlässlich der Filmfestspiele in Berlin ein. Braungebrannt, mit wasserdichter Spezialkamera, aber ohne Schwimmflossen, stellte sich das Unterwasser-Aß — Filmproduzent, Wissenschaftler und Schauspieler in einer Person — der Berliner Presse.

„Unternehmen Xarifa“ heißt der neue Farbfilm, den Hass und seine Expeditionsteilnehmer vom August 1953 an in neunmonatiger Arbeit im Atlantischen und Stillen Ozean drehten. 30 000 Meter Farbfilm wurden belichtet. In London wird daraus ein abendfüllender Spielfilm zusammengestellt, der im Herbst in den Berliner Kinos anlaufen soll.

Zum erstmalig war Hass mit einem eigenen Schiff, dem Dreimastschoner „Xarifa“ unterwegs. In der Karibischen See errichtete er unter dem Wasser sogar ein Filmstudio mit zahlreichen 5000-Watt-Scheinwerfern, um die Tiefseefische zu filmen. Es wurden Fische hypnotisiert, Kämpfe von Fischen mit ihren Spiegelbildern fotografiert, und

es gab auch Kämpfe mit Haien und Pottwalen. Daß die Expedition nicht ganz ungefährlich war, geht daraus hervor, daß ein englischer Teilnehmer in den letzten Tagen der Fahrt noch einem Unfall zum Opfer fiel.

Seit 15 Jahren ist Hans Hass mehr unter als über dem Wasser. Aber es erhält jung, meinte er.

Die ersten Düsen-Transportflugzeuge

Die britische Regierung erteilt zur Zeit Aufträge zum Bau von Militärtransportflugzeugen mit Düsenantrieb. Diese werden die ersten ihrer Art auf der Welt sein. Es handelt sich um Maschinen vom Typ „Vickers 1000“. Das Flugzeug verfügt über eine große Leistungsfähigkeit. Als Beispiel sei erwähnt, daß fünf dieser neuen Typen ein Infanterie-Bataillon innerhalb von 18 Stunden nach Kenia bringen könnten.

Kinderluftbrücke

Wiesbaden (DPA). Mit je zwölf Flügen pro Tag werden vom 12. bis 16. Juli 1440 Flüchtlings-

Deutschen und österreichischen Köche liegen nach dem veröffentlichten Endergebnis der Kochwettbewerbe auf der internationalen Gaststätten- und Hotelfachschau „Hospes“ in Bern an der Spitze. Fünfzehn Länder hatten ihre besten Köche nach Bern entsandt. Die deutsche Mannschaft liegt mit 115,65 und die österreichische mit 115,39 Punkten vorn.

kinder aus Westberliner Lagern mit Flugzeugen der amerikanischen Luftwaffe in die Bundesrepublik gebracht, um während einer Ferienaktion bei deutschen und amerikanischen Familien einen fünfwöchigen Erholungsurlaub zu verbringen.

Rhein-Main-Donau-Kanal

Würzburg (AP). Bundesverkehrsminister Seeböhm hat einen neuen Abschnitt des Rhein-Main-Donau-Kanals eröffnet, der den Main von Würzburg bis Ochsenfurt für Wasserfahrzeuge bis 1500 Tonnen schiffbar macht. Seeböhm betonte dabei, daß einmal Schiffe von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer fahren sollen.

Potsdams Fahnen wiedergefunden

Die vier wiedergefundenen Fahnen aus der Gruft der Potsdamer Garnisonkirche sind in der evangelischen Schlosskapelle der Burg Hohenzollern in Hechingen neben den Särgen der Preußenkönige Friedrich Wilhelm I. und Friedrich der Große aufgestellt worden.

Bei den wiedergefundenen Fahnen handelt es sich um die traditionsreichen Feldzeichen der hochzollernschen Hausregimenter. Die Fahnen waren seit dem Einmarsch der Sowjets in Potsdam verschollen. Wie sich erst vor kurzem herausstellte,

sind sie damals von den Amerikanern nach Wiesbaden gebracht und mit anderem preußischen Kunstgut sowie 200 Armeefahnen dem hessischen Kultusministerium übergeben worden.

Der Sarg Friedrichs des Großen, der durch Bombensplitter beschädigt worden war, wurde seinerzeit von Hechinger Handwerkern geöffnet und neu verlobt. Trotz strengster Verpflichtung zur Geheimhaltung ist damals bekanntgeworden, daß der Körper des Königs, insbesondere auch die Gesichtszüge, vollständig erhalten sind.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt. Täglich ab 13 Uhr in ständ-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 92 02 31. Druck: W. Buxenstein, GmbH.